

Badische Zeitung 18.05.2010

Klischees über Migranten beseitigen

Das Jugendhilfswerk setzt sich mit Projekten gegen die Benachteiligung von Migrantenjugendlichen ein.

LANDKREIS BREISGAU-HOCHSCHWARZWALD/FREIBURG. Weg vom oberflächlichen "Multikulti-Tralala" und hin zu einer echten interkulturellen Öffnung der gesamten Gesellschaft, das wünscht sich Carlos Mari, Geschäftsführer des Jugendhilfswerks in Freiburg. Als Mitglied im Paritätischen Wohlfahrtsverband Baden-Württemberg sensibilisiert das Jugendhilfswerk landesweit und mit der Teilnahme an Projekten auch vor Ort im Landkreis Breisgau-Hochschwarzwald für ein grundlegend anderes Bewusstsein.

Die Zahlen sprechen für sich: Rund ein Viertel der Bevölkerung unter 40 Jahren im Landkreis Breisgau-Hochschwarzwald hat einen Migrationshintergrund, bei den Freiburgern ist es sogar fast jeder dritte. Doch dass Deutschland ein Einwanderungsland ist, werde immer noch ignoriert, bilanziert Carlos Mari. Ihm geht es um zwei Dinge: Zum einen kämpft das Jugendhilfswerk – wie mit seiner Abteilung "Forum Jugend-Beruf" in Müllheim und Titisee-Neustadt – ganz praktisch gegen die Benachteiligung von Migrantenjugendlichen.

Zum anderen aber geht es darum, den alten einfachen Klischees über Migranten endlich die weitaus vielschichtigere Realität entgegenzusetzen. Denn: "In der öffentlichen Wahrnehmung sind Migranten immer wenig qualifiziert und haben Sprachprobleme", sagt Carlos Mari – falsche Legenden, die ihre Wirkung hinterlassen. Zum Beispiel bei Kindern aus Migrantenfamilien, die sich fühlen, als ob es keine Berufsvorbilder für sie gebe – dabei gibt es in der zweiten und dritten Generation längst viele, die erfolgreich Karriere gemacht haben, mit und ohne Studium.

Vor allem am Schulsystem soll sich was ändern

Doch während "die arme kopftuchtragende Frau" ständig im Zentrum des Interesses stehe, werde die strukturelle Diskriminierung von Migrantenkindern im Schulsystem lieber ignoriert. Wer etwas ändern wolle, müsse hier ansetzen, macht Carlos Mari klar: An der Dreigliedrigkeit des Schulsystems und der frühen Auslese, aber auch an dem Problem, dass Lehrer überwiegend aus dem gleichen bürgerlichen Milieu stammen, ohne Kontakt zu anderen Lebenswelten. Unter anderem müsste das Beamtentum für Lehrer abgeschafft werden, fordert Carlos Mari – für Migranten ohne deutschen Pass sei es eine von vielen Hürden. Die strukturelle Diskriminierung fange in der Schule an, reiche aber viel weiter: Kirchliche soziale Einrichtungen wie der Caritasverband akzeptieren auf mittleren und höheren Ebenen nur christliche Bewerber, und selbst beim nicht kirchlich geprägten Jugendhilfswerk haben bisher erst zehn von 180 Mitarbeitern einen Migrationshintergrund. Das soll sich ändern, und dabei können Quoten helfen, schlägt Carlos Mari vor – weil sich anders nichts tut.

Oft steckt hinter einer Benachteiligung gar keine bewusste böse Absicht, verdeutlicht Bernd Winter, Leiter des Projekts "Vielfalt bewegt" in Müllheim: Ein Chef stelle eben häufig lieber keinen türkischen Jugendlichen ein, wenn er befürchte, dass die Kollegen in der Mittagspause nicht wissen, worüber sie sich mit ihm unterhalten sollen.

Das Projekt des Jugendhilfswerks im Bundesprogramm Xenos, das auch der Landkreis Breisgau-Hochschwarzwald mitträgt, will Jugendliche ohne Ausbildung im Berufsvorbereitungsjahr und im Berufseinstiegsjahr an den Berufsschulen in Müllheim und Titisee-Neustadt stärken. Gleichzeitig werden Lehrer und Betriebe sensibilisiert – im ländlichen Bereich, wo Ausbildungs- und Praktikumsplätze meist über soziale Kontakte vergeben werden und es "Außenseiter" schwer haben, ist das besonders wichtig.

Auch Basri Askin setzt mit dem Projekt "Teilhabe" des Paritätischen Wohlfahrtsverbands Baden-Württemberg an diesen Punkten an – und zwar sowohl in der Jugend- als auch in der Altenhilfe. Demnächst startet er auch in Freiburg mit dem, was er in anderen Regionen wie in Stuttgart bereits begonnen hat: Er schafft Kontakte zwischen sozialen Einrichtungen und Migrantenorganisationen, damit die untereinander ins Gespräch kommen.

Im Enzkreis zum Beispiel kamen Mitarbeiter eines Pflegediensts in eine Moschee und diskutierten mit Muslimen über ihre Vorstellungen von Pflege. Dabei wurde schnell klar: Stationäre Pflege kommt für die meisten nicht in Frage – unter anderem, weil die Renten zu klein sind. So wurde der Schwerpunkt auf ambulante Pflege gelegt.